

ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums

KOLUMBIEN

Ein neuer sozialer Aufstand?

In Kolumbien brennt es wieder. Die Protestwelle, einst erstickt durch die Pandemie, ist neu und noch viel stärker aufgeflammt. Die Bevölkerung demonstriert mit kollektiver Wut gegen die Regierung, die mit brutaler Gewalt vorgeht. Ein Überblick.

Der Artikel wurde am 6. Mai, als es noch kaum eine Information über die Geschehnisse in Kolumbien gab, geschrieben. Inzwischen hat sich die Situation sehr stark weiterentwickelt. Dennoch ist dieser Überblick sehr aufschlussreich. (Anm. d. Red.)

Trotz der Ausgangssperren in ganz Kolumbien haben vergangene Woche (Ende April, Anm. d. Red.) täglich Millionen Kolumbianerinnen in den grösseren Städten gegen Präsident Iván Duque, sein rechtskonservatives Regime und dessen geplante Steuerreform protestiert. Sogar in den traditionell konservativen uribistischen Staaten¹ fanden Demonstrationen statt, so auch in

der Karibikregion. Und obwohl die Regierung nach Tagen des Protestes ihre Steuerreform zurückgezogen hatte und sogar der Finanzminister in der Nacht auf Dienstag zurückgetreten ist, geht der Aufstand weiter.

Wie kam es zum erneuten Protest?

Alles begann mit der Weiterführung des Generalstreiks: Am 28. April wurde unter dem Slogan «Für das Leben, Frieden und die Demokratie, gegen das neue Mogelpaket Duques und die Steuerreform» vom nationalen Streikkomitee CNP (Comité Nacional de Paro) zum Stillstand

der Betriebe und zu Protesten aufgerufen. Das Streikkomitee ist ein Zusammenschluss aus zivilgesellschaftlichen Organisationen wie beispielsweise dem grössten Gewerkschaftsbund des Landes, der CUT (Central Unitaria de Trabajadores) und der Gewerkschaft CGT (Confederación General del Trabajo). Sie waren es auch, die zum Streik am 21. November 2019 gegen die soziale Ungleichheit und gegen die Politik von Iván Duque aufgerufen hatten.

April 2021: Die Pandemie wütet in Kolumbien, die Machthaber sprechen von einer aggressiven dritten Welle. Die ausgewiesenen Zahlen sind die höchsten seit Beginn der Pandemie, die Auslastung der Intensivstationen liegt in fast allen Städten bei über 90 Prozent, weshalb auf regionaler Ebene verschiedene Ausgangssperren, Wochenend- oder Tagesshutdowns und Ley seca (Alkoholverbot) verhängt werden. Trotzdem gehen Millionen Kolumbianerinnen auf die Strasse. «Ich denke, die kollektive Erschöpfung wegen der sozialen Ungleichheit und deren vermehrte Thematisierung auf den sozialen Medien haben dazu geführt, dass so viele Menschen am dies-

jährigen Streik teilnahmen», sagt Santiago, ein Graffiti-Aktivist, der in Bogotá lebt. Er denkt, dass durch das Entstehen neuer Nachrichtenportale auf Social Media seit dem letzten Streik mehr Menschen erreicht und mobilisiert werden können. «Sie zeigen, was unsere Medien verstecken», fügt er an.

Die vermittelte Lage ist erschreckend: Die Pandemie hat in Kolumbien fatale Folgen, rund 3,5 Millionen Menschen sind in die Armut abgerutscht und mit 42,5 Prozent lebt somit fast die Hälfte aller Kolumbianerinnen in Geldnot. Mitten in dieser humanitären und wirtschaftlichen Krise stellt der rechtskonservative Präsident Iván Duque eine Gesetzesänderung vor, die in Wirklichkeit eine Steuerreform ist – schon die dritte während seiner Amtszeit –, mit der er das Finanzloch des Staates stopfen will. Dieses ist aufgrund der Verschuldung für die Bewältigung der Pandemie noch grösser geworden: nämlich umgerechnet 21,4 Milliarden Schweizer Franken. Der Gesetzesentwurf unter dem Namen «Gesetz für nachhaltige Solidarität» soll dem Staatshaushalt jährlich insgesamt 25 Billionen kolumbianische Pesos

AZB 4001 Basel
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG



einbringen. Dies entspricht rund 6,15 Milliarden Franken.

Zurückgezogene Vorlage

Anstatt die Reichen höher zu besteuern oder die Dividendensteuer zu erhöhen, wie von der Opposition verlangt wird, versucht Duque auf Vorschlag von Finanzminister Alberto Carrasquilla, die Kosten der Wirtschaftskrise auf die Mittelschicht und Unterschicht abzuwälzen. So sollen Steuern auf das Einkommen von Kolumbianer:innen, die mehr als umgerechnet 590 Franken monatlich verdienen, erhoben werden. Im Jahr darauf würde dies auf diejenigen ausgeweitet, die umgerechnet 420 Franken monatlich verdienen. Gerade vonseiten der Gewerkschaften hagelte es scharfe Kritik, weil es niedrigere Einkommensklassen treffen würde. Die Gesetzesänderung sieht zudem vor, die Mehrwertsteuer auf Benzin und andere Güter von fünf auf 19 Prozent zu erhöhen. Das Ziel sei es, so die Regierung, dadurch die Subventionen für die ärmsten Haushalte Kolumbiens von sieben auf umgerechnet etwa zwölf Franken monatlich zu erhöhen.

Nach den Bestimmungen des Steuergesetzes sollen zudem mehr als 30 Produkte von der Kategorie der «befreiten» in die Kategorie der «ausgenommenen» Waren verschoben werden. Durch die Abschaffung von Steuerrückvergütungen im Produktionsprozess würde dies zu einer Erhöhung der Preise für Fisch, Fleisch, Eier, Milch, Käse, Reis von fünf bis zehn Prozent führen, wie Gewerkschaften kritisieren. Eine Massnahme, die direkt die ärmste Bevölkerung treffen würde.

Für Empörung sorgte Duque, als er einen Monat zuvor den Kauf neuer Kriegsflugzeuge ankündigte.

Geld für Kriegsflugzeuge

Diese sollten etwa die Hälfte von dem kosten, was die Steuerreform einbringen soll. Darüber hinaus hat die Regierung zuzüglich zu den Kriegsflugzeugen in den letzten Monaten über umgerechnet 200.000 Schweizer Franken in die Anschaffung von Munition und Tränengas für die Anti-Riot-Polizei ESMAD (Escuadrones Móviles Antidisturbios)² sowie in Panzer und Transporter für ihren eigenen Schutz investiert.

Auch bei der Beschaffung des Corona-Impfstoffes hatte sich Duque keine Freund:innen gemacht, nachdem er die sehr späte Ankunft der ersten 50.000 Impfstoffdosen wie eine Oscar-Verleihung inszeniert hatte. Dabei reichten die ersten Vakzine nicht einmal für ein Prozent der Bevölkerung. Laut Impfstatistiken vom April dieses Jahres sind von den rund 51 Millionen Kolumbianer:innen bisher nur vier Millionen geimpft. So erstaunt es auch nicht, nimmt sich die kolumbianische Bevölkerung seit Tagen die Strassen – wenn auch mit einer traurigen Bilanz.

Die zwei Realitäten

Die kolumbianische Presse spricht nach fünf Tagen Aufstand von 19 Toten und mehr als 200 Verletzten sowie 26 Ermittlungen gegen Polizeikräfte, die beim Machtmissbrauch gefilmt wurden. Die unabhängige Plattform gegen Polizeigewalt Temblores ONG zählt zwischen dem 28. April und dem 4. Mai das Fünffache an Verletzten: Insgesamt 143

Fälle von Polizeigewalt gegen Demonstrant:innen und mindestens 31 Tote – die Zahl wird vermutlich weiter steigen. Aufgrund der unkontrollierten Gewalt vonseiten der Sicherheitskräfte hat die Plattform am Freitag (30.04) den Demonstrant:innen sogar geraten, sich in Sicherheit zu begeben und den Protest abzubauen.

Insgesamt zu 33 Angriffen auf Medienschaffende soll es laut der Stiftung für Pressefreiheit Flip bis zu jenem Freitag gekommen sein. Der Sender RCN wurde von der Menschenrechtsorganisation Human Rights International abgemahnt, die Presseethik zu wahren, nachdem dieser am dritten Tag des Aufstands Bilder der Proteste in Cali, der Hauptstadt des Departements Valle de Cauca, veröffentlicht hatte und sie damit kommentierte, die Menschen in den Strassen würden Präsident Duques Änderung der Steuerreform feiern. (...)

Was passiert in Cali?

In Cali, der drittgrössten Stadt Kolumbiens, eskalierte die Polizeigewalt gegen die Demonstrant:innen in den letzten Tagen. Die Regierung begann früh – nach wohlbekannter Taktik, wie auch schon im September – von «Guerillas» und «Vandalen» zu sprechen, um so die angewandte Gewalt vonseiten des Staates zu legitimieren und die Proteste zu kriminalisieren.

Warum gerade Cali? «In Cali sind alle Probleme der Armut und der Marginalisierung der Pazifikküste des Landes zu finden», meinte Luis Fernando Velasco, Senator der Liberalen Partei gegenüber der Zeitung La Semana. Damit spricht er die Bin-

nengeflüchteten an, die aus den angrenzenden Zonen, in denen der bewaffnete Konflikt nie wirklich aufgehört hat, in die Departementshauptstadt geflüchtet sind, so wie auch die Bevölkerung aus der Pazifikregion, die von der Regierung mehrheitlich vergessen wird. Diese ist in den letzten Jahren extrem gewachsen.

In der Region des Cauca gibt es zudem eine jahrzehntelange Tradition indigener Selbstorganisation. So schloss sich der Indigene Rat mit seinen 127 Autoritäten gleich am ersten Tag dem Aufstand an. Er kündigte an, den Widerstand in verschiedenen Regionen des Landes zu unterstützen. Am Samstag (1.05) erreichten sie die Departementshauptstadt.

Willkür und Gewalt

Die Organisation der Menschenrechtsschützer:innen Peace Brigades International kommunizierte an einer Pressekonferenz am vergangenen Freitag (30.04), dass im «Coliseo Las Americas», einer Sportstätte in Cali, eine Art Gefangenenlager durch Polizeikräfte eingerichtet worden sei und dort mindestens 150 Personen festgehalten würden. Über die Gefangenen sei nichts bekannt, denn Handys seien ihnen abgenommen worden, um jegliche Kommunikation zu verhindern. Insgesamt 97 Organisationen schlossen sich am Samstag zusammen, um die Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Vertreter:innen vor dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte (IACHR) vorzulegen. Internationale Menschenrechtsorganisationen schlugen während der vergangenen Tage mehrfach Alarm. Das Menschenrechtsnetzwerk Francisco Isaías bezeichnete die Vorfälle in Cali als «Kriegshandlung gegen die Demonstrant:innen». Im Verlauf der Aufstände haben Agent:innen der kolumbianischen Polizei sogar auf Vertreter:innen der UNO geschossen, dabei ist aber niemand verletzt worden.

Die Armee schießt auf das Volk

Der Bürgermeister von Cali wiederum hat sich am Morgen des vergangenen Montags bei den Bürger:innen für seine Handlungen und Kommentare der letzten Tage entschuldigt. Er versprach, für und mit den Bürger:innen zu kämpfen und am gemeinsamen Umzug zur «Reaktivierung der Stadt» teilzunehmen. Doch nachdem Duque das Militär autorisiert hatte, Schusswaffen auf sein eigenes Volk zu richten, passiert Schreckliches und wird in den



sozialen Medien gezeigt: Polizeikräfte, die auf scheinbar unbeteiligte Passant-innen schiessen, Mütter, die um ihre toten Kinder weinen, die vor ihnen auf dem Boden liegen. Am Tag zuvor wurde einem jungen Mann während einer Instagram-Liveschaltung vor mindestens 50.000 Zuschauer-innen in den Kopf geschossen – offensichtlich durch einen ESMAD-Agenten. Im Nachhinein stellte sich heraus, dass es sich dabei um den Sohn des Cousins des Bürgermeisters von Cali handelte. Doch die Liste der Menschenrechtsverletzungen kann unendlich weitergeführt werden. Sie ist so lang, dass sogar unpolitische Reggaetoneros wie J. Balvin auf Instagram darum gebeten haben, die Gewalt gegen die Demonstrant-innen einzustellen.

Die Gewalt bleibt unbestraft

Die Staatsgewalt gegen Demonstrant-innen werde im Rahmen des Landesstreiks zur Normalität, schreibt Peace Brigades International auf ihrer Webseite. Alleine seit Entstehung der ESMAD wurden Hunderte Agenten wegen Verstössen belangt, im Jahr 2015 alleine wurden von der Generalstaatsanwaltschaft 40.000 Fälle gemeldet, von denen nur 18 zu Verurteilungen geführt haben. Bei einem Vorfall 2005, wie PBI berichtet, wurde ein junger Mann durch einen Agenten der ESMAD umgebracht. Die zwei Täter wurden dieses Jahr beide verurteilt: ein historisches Urteil, doch dafür hat es 15 Jahre gebraucht. Die Familie von Dilan Cruz, einem weiteren Demonstranten, der während des letzten Nationalstreiks im November 2019 offenbar von einem ESMAD-Agenten erschossen worden war, wartet bis heute auf Gerechtigkeit. Der Fall wird am kolumbianischen Militärgericht verhandelt. Erst kürzlich hat die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch den Obersten Gerichtshof aufgefordert, ihn an die ordentliche Justiz zu verweisen.

Wie geht es weiter?

Nach dem Rückzug der Steuerreform ist klar: Es braucht eine Lösung. Die altbewährte Strategie, einen absurden Vorschlag zu präsentieren, um dann zu verhandeln, ist grundsätzlich nichts Neues. Doch die Reaktion der Bevölkerung dürfte sich in Zukunft in einer ähnlichen Form wiederholen.

Die Erfahrung zeigt, dass der Regierung und den angekündigten Verhandlungskommissionen nicht zu vertrauen ist. Nach dem

Streik im November 2019 hatte das damalige Komitee an einem Verhandlungstisch teilgenommen. Ihre Forderungen – eine Rücknahme der Gesundheitsreform, Vermehrung der Massenimpfungen, Abschaffung der Studiengebühren und Dutzende weitere Punkte – wurden aber bis heute nicht umgesetzt. Francisco Maltés, der Präsident der Central Unitaria de Trabajadores (CUT), kündigte deshalb an, dass die Rücknahme der Reform zwar ein Triumph für die Demonstrant-innen sei, der Streik aber dennoch nicht entschärft werde.

Bei der Frage, ob aus den mehrtägigen Protesten ein nachhaltiger sozialer Aufstand werden könnte, scheiden sich die Meinungen. Die einen meinen, es würde an Kampfgeist fehlen und die Menschen würden sich zu schnell mit mittelmässigen Lösungen zufriedengeben. Andere sagen, aus Kolumbien könnte in Bezug auf die Proteste ein zweites Chile werden. «Wenn Duque nicht zurücktritt, hören wir auch nicht auf», so der aktuelle Ton in den sozialen Medien.

Samina Stämpfli*

*lebt und arbeitet in Kolumbien. Ihr Artikel wurde am 6. Mai 2021 im Schweizer Online-magazin «das Lamm» erstveröffentlicht: <https://daslamm.ch/format/politik/widerstand/>

1. Was ist Uribismus?

Als Uribismus wird in Kolumbien die politische Bewegung bezeichnet, die auf dem Gedankengut des ehemaligen Präsidenten Álvaro Uribe Vélez (2002 bis 2010) basiert. Sie besteht aus Wirtschaftsliberalismus und Populismus. Der aktuelle Präsident Iván Duque, Vertreter des Demokratischen Zentrums, der Partei Uribes, wird auch oft Sub-Präsident von Uribe genannt, weil dessen Einfluss immer noch stark ist. Während Uribes Regierungszeit wurden 602 Zivilisten durch das Militär umgebracht und im Nachhinein als «Guerrillakämpfer» dargestellt. Uribe wird von seinen Gegner-innen ebenfalls «Vater des Paramilitarismus» genannt, da bis heute immer wieder neue Verbindungen zu der AUC (Autodefensas Unidas de Colombia) aufgedeckt werden.

2. Was ist die ESMAD?

In einer der schlimmsten Epochen des bewaffneten Konfliktes im Jahr 1999 wurde während der Amtszeit von Andrés Pastrana die ESMAD gegründet. Sie ist offiziell eine Einheit der kolumbianischen Polizei zur Deeskalation von bewaffneten Konflikten. Obwohl nur als Übergangslösung gedacht, wurde die Einheit weitergeführt. Das Ausbildungsprogramm der ESMAD-Agent-innen wurde vom ehemaligen Präsidenten Álvaro Uribe erstellt. Rund 376 Agenten zählt die ESMAD und alleine 550 davon sind Riot-Control-Agenten, die mit verschiedenen Schusswaffen hantieren, die Platzpatronen, Tränengas, Betäubungsschüsse und Paintballs abfeuern können. Offiziell tragen sie aber gar keine Schusswaffen.

Der Schweizer Ausgabe dieses Archipels liegt ein Brief bei, der den Bundesrat auffordert, er solle auf Grund der schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien tätig werden. Bitte unterschreiben Sie diesen Brief und schicken Sie ihn an den Bundesrat. Wir dürfen nicht zulassen, dass weiterhin willkürlich Menschen ermordet werden!

VENEZUELA

Radeln als kollektive Antwort

Aus Venezuela dringen in den letzten Jahren selten positive Nachrichten nach Europa und «während die Elefanten kämpfen, leidet das Gras». Doch die Genossenschaftler-innen von CECOSOLA lassen sich bis heute nicht unterkriegen und bauen in ihrem seit über 50 Jahren währenden kollektiven Prozess weiterhin an jener hierarchiefreien Zukunft, die sie sich wünschen.¹

Zur Erinnerung: Der von Hugo Chávez als Nachfolger bestimmte Nicolás Maduro wurde 2013 zum venezolanischen Staatspräsidenten gewählt. 2019 erklärte sich der damalige Parlamentspräsident Juan Guaidó zum Interimspräsidenten und wurde von den USA, der EU (und zusätzlich einzelnen EU-Staaten) sowie einigen weiteren Ländern als neuer Präsident anerkannt. An der Macht ist er bis heute nicht. Sein Einfluss schrumpft im Gegenteil ständig. Die Bevölkerung hat seit Jahren mit dem wirtschaftlichen Zusammenbruch des Landes zu kämpfen. Es mangelt in fast allen Bereichen: Nahrungsmittel, Gesundheitsversorgung, Ersatzteile, Trinkwasser, Strom, Gas zum Kochen, etc. Rund 3,7 Millionen Menschen verliessen Venezuela in den letzten Jahren³, da zwischen Korruption, Wirtschaftsembargos, Misswirtschaft und Währungszusammenbruch kein Ausweg in Sicht ist.

Soziale Initiativen

Derweil knüpfen die Genossenschaftler-innen von CECOSOLA rund um die Millionenstadt Barquisimeto im zentralwestlichen Bundesstaat Lara weiterhin an ihrem weit verzweigten Netz aus Kooperativen, um allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen. 2017 versorgten sie auf eigenen Märkten wöchentlich 100.000 Familien mit Lebensmitteln und weiteren Produkten des täglichen Bedarfs – insgesamt 10.000 Tonnen im Monat. Allein an Obst und Gemüse wurden 600 Tonnen pro Woche, vor allem aus den eigenen Produktionskooperativen, verkauft. Im Jahr 2009 wurde der bereits bestehende Gesundheitsdienst um das Gesundheitszentrum CICS erweitert. Dabei handelt es sich um ein kleines Krankenhaus mit vielfältigen Therapieangeboten. Dort und bei dezentralen Sprechstunden wurden 220.000 Menschen medizinisch versorgt. Am Sparkassen-, Krankenkas-

sen- und Bestattungskassensystem sind ebenfalls jeweils zehntausende Familien beteiligt.

Jede neue Etappe in der venezolanischen Krise stellt CECOSOLA vor ungeahnte Herausforderungen und zwingt zur eigenen Neuerung. Die mehr als tausend gleichberechtigten Genossenschaftler-innen, die ihren Lebensunterhalt in den verschiedenen Strukturen des Netzwerks erwirtschaften, diskutieren alle grösseren Probleme in diversen Plena und finden gemeinsam eine für sie in der jeweiligen Situation passende Lösung: Säрге werden wegen des Metallmangels nun aus Holz gefertigt, die endlosen Warteschlangen vor den Märkten werden inzwischen per Chipkarte und per Vergabe von Wartenummern durch einen Zufallsgenerator organisiert, der Saatguteinkauf wurde zwischen allen landwirtschaftlichen Produktionskooperativen kollektiv organisiert, private Autos, die zur kollektiven Nutzung zur Verfügung gestellt werden, profitieren von kollektiver Ersatzteilbesorgung, etc.³

Kein Diesel – kein Strom

Seit einigen Monaten zeichnet sich nun die nächste Schwierigkeit ab. In Venezuela, dem Land mit den grössten Erdölvorkommen weltweit, wird der Treibstoff knapp. Die eigene Produktion ist unter Misswirtschaft und Ersatzteilmangel zusammengebrochen. Bis Anfang November 2020 tolerierten die USA, dass die venezolanische Regierung, trotz Wirtschaftssanktionen, mit multinationalen Unternehmen Rohöl gegen Diesel tauscht. Wenige Tage vor den US-Präsidentenwahlen verbot die Trump-Administration diese Versorgungsmöglichkeit und die neue US-amerikanische Regierung beschäftigt sich vorerst mit anderen Problemen.⁴ Die Lage in Venezuela spitzt sich nun täglich zu. Transporte von Personen und

Die Zapatistas in Europa

Die Reise der Zapatistas nach Europa wurde vor sechs Monaten angekündigt – jetzt ist es so weit: Anfang Mai bestiegen sie das Schiff für die «umgekehrte Eroberung».

Waren sowie Notstromversorgung sind zunehmend unmöglich, da die meisten Fahrzeuge und Stromaggregate mit Dieselmotoren laufen. Die Sanktionen treffen eindeutig die gesamte Bevölkerung und müssten als völkerrechtswidrig eingestuft und sofort beendet werden.

Noch ist allerdings kein Ende des Embargos in Sicht und auch bei CECOSOLA herrscht grosse Sorge. Ohne Diesel können die landwirtschaftlichen Produkte nicht vom Land in die Stadt gebracht werden. Es besteht die Gefahr, dass die kommenden Ernten auf den Feldern vergammeln. Die meisten Produktionsstandorte sind viele Stunden Fahrt von Barquisimeto entfernt, was alternative Transportmöglichkeiten erschwert. Und selbst wenn Obst und Gemüse die Stadt erreichen, funktionieren ohne (Not-)Strom weder Licht noch Kassen und Computer – von medizinischen Geräten im Gesundheitszentrum CICS ganz zu schweigen.

Fahrräder for future

Trotz dieser sehr angespannten Lage bleiben die Genossenschaftler:innen einem ihrer wichtigsten Prinzipien treu: keine Zeit und Energie auf politische Machtspiele verwenden; sich gar nicht erst abgeben mit jenen Kräften, die Sanktionen verhängen oder Gesellschaft von oben gestalten wollen. Lieber bauen sie von unten weiter an Strukturen, welche die Grundfesten des Kapitalismus ins Wanken bringen und bei denen nicht Wachstum und Gewinne, sondern die Menschen und ihre Grundbedürfnisse im Zentrum stehen. Ihre Organisation ohne Cheffinnen und Chefs legt die Verantwortung fürs Ergebnis in die Hände aller. Viel Vertrauen sowie kreative und praktische Fähigkeiten sind so über die Jahre gewachsen. Für manche war das doch nicht der passende «Job» und sie haben CECOSOLA wieder verlassen. Jene, die über die Jahre und Jahrzehnte geblieben sind, gestalten tagtäglich einen beeindruckenden Prozess persönlicher, kollektiver und gesellschaftlicher Transformation.

Auch in der Dieselknappheit geht CECOSOLA nun einen eigenen und vor Ort sehr ungewöhnlichen Weg. Die Genossenschaftler:innen setzen auf die vermehrte Nutzung von Fahrrädern. In einem Land, in dem die Tankfüllung fürs Auto lange Zeit weniger als eine Flasche Wasser kostete, fuhren Erwachsene im Alltag kein Fahrrad. Räder gelten in Venezuela als Kindergefährt oder Sportgeräte. In Barquisi-

meto setzte bereits vor eineinhalb Jahren ein Umdenken ein. Nach dem Besuch zweier Genossenschaftler:innen bei kollektiven Projekten in Deutschland, bei denen eigentlich alternative Gesundheits- und Bildungsstrukturen im Fokus waren, erwiesen sich die Strassen als inspirierendste Orte. «Fridays for future» begeisterte einerseits und ansonsten galt die Faszination all den jungen und alten Menschen, die überall mit Rädern unterwegs waren. Zunächst schien es eine gute Lösung für den chronischen Autoersatzteilemangel zu sein und nebenbei konnte etwas für den Klimaschutz getan werden. Gleich nach der Rückkehr nach Venezuela wurden erste Fahrradkurse organisiert und Räder repariert. Bei den Märkten entstehen derzeit Fahrradparkplätze und durch gemeinsame Radausflüge werden mehr und mehr neue Radfahrer:innen gewonnen. Da auch in der aktuell sich zuspitzenden Lage die Energie nicht in Lobbyarbeit gegen die Sanktionen gesteckt werden soll, ist der weitere Ausbau der Fahrradflotte die beste Lösung, um länger mobil zu bleiben. Radelnd wird nun jeder Tropfen Treibstoff für wichtige Transporte gespart. Nebenbei zeichnen sich viele andere Vorteile dieser Lösung aus der Not heraus ab: Menschen riskieren weniger Ansteckung mit Covid-19 als bei gemeinsamen Fahrten; generell ist die sportliche Fortbewegungsart gut für Kreislauf und Gesundheit; ausserdem wird Zeit gespart, weil weniger Autos stunden- und tagelang vor Tankstellen warten müssen und Autoreparaturen sowie die Beschaffung von Ersatzteilen teilweise entfallen können. Wie lange die Notlösung erhalten muss und ob damit tatsächlich alle wichtigen Transporte der nächsten Wochen und vielleicht sogar Monate bewältigt werden können, ist derzeit nicht absehbar, da eine Abhängigkeit von gewissen Mindestmengen an Treibstoff weiterhin besteht. So bleibt zu hoffen, dass die Gestaltungsenergie und Ausdauer bei CECOSOLA gross genug sind, um auch diese Krise zu überstehen.

Kathrin Samstag (EBF)

in Zusammenarbeit mit dem CECOSOLA-Netzwerk und im Namen der transkontinentalen Gruppe von Intercambio

1. Auf <https://cecosola.org/acerca-de/> findet sich ein untertitelter Kurzfilm, der die Geschichte und das Wirken von CECOSOLA zusammenfasst.

2. <https://news.un.org/es/story/2020/06/1476202> (21.04.2021)

3. Weitere Beispiele zeigen die Genossenschaftler:innen in ihrem Film «Reinventándonos» auf Youtube.

4. <https://amerika21.de/analyse/249246/trump-biden-venezuela-dieselknappheit> (21.04.2021)

Am 26. April setzte sich die erste Delegation der Zapatistas in Bewegung und zwar ausgehend von Morelia im Südwesten Mexikos. Von dort ging es dann zu einem mexikanischen Hafen, wo das Schiff mit dem Namen «The Mountain» auf sie wartete, und am 3. Mai begann die Überquerung des Atlantiks in Richtung Europa. Diese Gruppe der Zapatistas – mit dem Namen «Eskadron 421» – ist unter der kompetenten Navigation der Schiffsbesatzung während einmonatigen Unwägbarkeiten des Ozeans ausgesetzt. Sie soll in der zweiten Junihälfte in Sichtweite der europäischen Küste eintreffen. Diese erste maritime Delegation wurde auf den Namen «Eskadron 421» getauft, weil sie aus vier Frauen, zwei Männern und einer Transgender-Person besteht.

Dieser Aufbruch ist der Beginn von monatelangen intensiven Aktivitäten, Treffen und Austausch mit etlichen engagierten Kollektiven, Projekten und Initiativen in ganz Europa. Die Zapatistas wurden in viele verschiedene Länder eingeladen: Österreich, Belgien, Bulgarien, Katalonien, Sardinien, Kroatien, Zypern, Dänemark, Slowenien, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Niederlande, Ungarn, Italien, Luxemburg, Norwegen, Baskenland, Polen, Portugal, Rumänien, Russland, Serbien, Spanien, Schweden, Schweiz, Türkei und Ukraine.

Hunderte von Treffen und Aktivitäten wurden ihnen vorgeschlagen und werden derzeit vorbereitet. Geplant sind grosse Versammlungen, aber auch Aufenthalte in einzelnen Projekten wie z.B. bei Landbesetzungen, in selbstverwalteten Bewegungen auf dem Land und in der Stadt, in feministischen Kollektiven bis hin zu allen Gruppen, die in verschiedenen Formen Migrant_inn_en unterstützen. Ein Austausch mit territorialen Widerstandsbewegungen gegen grosse zerstörerische Projekte,

mit Netzwerken gegenseitiger Hilfe in den Metropolen sowie in ländlichen Regionen, in denen andere Lebensweisen entworfen werden, ist ebenfalls auf dem Programm. Lang (und hier unvollständig) ist die Liste des Archipels von Rebellionen gegen die verschiedenen Aspekte der kapitalistischen Barbarei und der Projekte zur Herbeiführung anderer, erstrebenswerterer Welten. Vorläufig ist noch nicht klar, wann genau wieviele Zapatistas sich an welchen Orten aufhalten werden. In der Vorbereitung ihrer Ankunft haben wir wieder einmal gesehen, dass die Uhren nicht überall gleich ticken, dass Zeit ein sehr relativer Begriff sein kann und die gegenseitigen Erwartungen mit viel Einfühlungsvermögen einhergehen müssen. Umso spannender wird wohl der gemeinsame Austausch in den nächsten Monaten.

Constanze Warta

Archipel Monatszeitung des Europäischen BürgerInnenforums

Juni 2021 - Nr. 304

Jahresabonnement:

11 Nummern, 60 sFr; 40 Euro
Verlag, Herausgabe, Herstellung,
Redaktion: Europ. BürgerInnenforum
Verantwortliche Redakteurinnen:
Joëlle Meunier, Constanze Warta
Druck: Ropress Zürich
www.forumcivique.org

Adressen

Schweiz:

Postfach 1848, CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:

Lobnik 16
A-9135 Eisenkappel/Zelezna Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:

Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:

St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:

vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nijne Selischche
Tel: 00380/31 42 51 2 20
ua@forumcivique.org

Der Bauernaufstand in Indien

Indien ist ein Land mit extremen sozialen Gegensätzen, die zu zahlreichen Revolten in der Vergangenheit geführt haben. Auf Grund der neoliberalen Politik seit den 1990er-Jahren haben die Aufstände sich über die Kastengrenzen und die Religion hinweg ausgeweitet, sie vereinigen Bauern, Bäuerinnen, Arbeiter·innen und Angestellte im ganzen Land.

«Die Reise der zapatistischen Delegation eröffnet die Möglichkeit, einander kennenzulernen, einander zuzuhören und zu sehen. Wir beauftragen sie, den Samen des Kampfes für das Leben der Menschheit und aller Lebewesen, die die Erde bewohnen, zu tragen. (...) Wir waren gezwungen, diese Entscheidung zu treffen und trotz des Virus, der uns gefangen hält, abzureisen. Das kapitalistische System bleibt nicht stehen, schreitet voran, und mit ihm die Ausplünderung, Beraubung und Zerstörung von Lebewesen, wie es beim Maya-Zug, dem transozeanischen Korridor und anderen Megaprojekten der Fall ist (...) Wir haben gesehen, dass es notwendig ist, auf den Schmerz, die Wut und die Träume der Schwestern und Brüder aus anderen Teilen der Welt zu hören. (...) Wir sind noch am Leben, trotz eines Vernichtungskrieges während fünf Jahrhunderten. Die Conquistadores hatten uns unterjocht, aber unsere Vorfahren haben diesem Vernichtungskrieg widerstanden.(...)»

für das Geheime Revolutionäre Indigene Komitee:
Comandante Jaquelin



Der Aufstand der Zapatistas

1994 wehrten sich die Menschen in Chiapas gegen Ausbeutung, Rassismus, Unterdrückung der Frauen und aller benachteiligten Geschlechter, gegen Militarisierung, Umweltzerstörung und die Marginalisierung der indigenen und ländlichen Bevölkerung durch die Herrschaft der Grossgrundbesitzer, der politischen Funktionäre und der mexikanischen und transnationalen Konzerne. Dagegen setzen die Zapatistas den Aufbau rebellischer autonomer Strukturen in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Selbstverwaltung, Geschlechtergerechtigkeit, Produktion, Medien und Rechtsprechung. Seit ihrer Rebellion von 1994 konnten sie viele Verbesserungen für ihre soziale Basis und für die vieler anderer Bewegungen erreichen. Zudem inspirieren sie bis heute viele soziale Kämpfe – in Mexiko wie auch weltweit.

* Siehe auch Artikel «Die Zapatistas kommen zu uns», Archipel Nr. 300

Mit beinahe 1400 Millionen Einwohner·inne-n (das Dreifache der gesamten EU) und seiner rasant wachsenden Demographie ist Indien das am dichtesten bevölkerte Land der Erde. Beinahe jede·r sechste Erdenbewohner·in ist Inder·in. Die Agglomeration der Hauptstadt Dehli hat beinahe so viele Einwohner·innen wie Spanien. Indien hat eine sehr reiche Oberschicht, darunter 102 Milliardäre, deren Einkommen meistens höher ist als der Staatshaushalt, im Gegensatz zur Prekarität der 800.000 Menschen in den Slums und auf dem Land, die mit weniger als 2 Euro am Tag leben müssen. 480 Millionen Arbeiter·innen haben keinen festen Lohn und keinerlei soziale Absicherung oder Krankenversicherung. Die Bevölkerung ist in mehrere hundert Kasten aufgeteilt. Innerhalb dieser Kasten gibt es ungefähr 3000 Unterteilungen.

Ganz unten auf der sozialen Skala leben 200 Millionen Dalit. Sie werden abwertend die «Unberührbaren» genannt. Sie hungern und müssen ohne Strom leben. Man sagt, wenn der Schatten eines Dalit ein Mitglied einer höheren Kaste berührt, kann das ein Grund sein, ihn umzubringen. Es werden im Durchschnitt täglich 2 Dalit umgebracht und drei Frauen der Dalit vergewaltigt, da man sie weniger wertschätzt als Tiere. Ähnlich geht es den 100 Millionen Adivasis, den Ureinwohner·inne-n Indiens.

Die bäuerliche Bevölkerung

Von 600 Millionen Bäuerinnen und Bauern haben 86 Prozent weniger als 2 Hektar Land und 30 Prozent sind landlose Landarbeiter·innen. Viele sind verschuldet und müssen beim kleinsten Unfall aufgeben; in den letzten 25 Jahren haben sich 300.000 von ihnen umgebracht.

In den 1960er-Jahren versuchte die sozialistische Regie-

rung, das Land mit Lebensmitteln autonom zu versorgen und unterstützte dafür die indischen Bäuerinnen und Bauern sehr stark. Ein Instrument dafür war die staatliche Preisgarantie, die über den Weltmarktpreisen für landwirtschaftliche Produkte lag. Die Regierung finanzierte den Wegebau und Bewässerungsanlagen, Landwirtschaftstreibende erhielten den elektrischen Strom vergünstigt, in Notzeiten erhielten sie staatliche Lebensmittel und konnten 100 Tage bezahlte gemeinnützige Arbeit leisten – als Zusatzeinkommen. Es wurde ein System direkter Demokratie auf dem Land unterstützt, die Panchayati Ray, die auf Gemeindeebene gewählt und von der Bevölkerung kontrolliert werden. Diese Dorfräte schlichteten Streit zwischen Dorfbewohner·inne-n und entscheiden über die lokalen Einrichtungen wie Schulen, Gesundheitseinrichtungen und Ähnliches.

Religiöse und sexistische Unterdrückung

Als die linken Parteien in den 1990er-Jahren wieder an die Macht kamen, leiteten sie selbst jedoch eine liberale Wende ein. Angeführt von der Kongresspartei (von Mahatma Gandhi und Jawaharlal Nehru) wurden die religiösen Gegensätze, das Kastensystem und die Unterdrückung der Frauen angeheizt. 2014 und 2019 gewannen Narendra Modi und seine nationalistische, hinduistische «Volkspartei» Bharatiya Janata Party (BJP), die Wahlen und verstärken seither diese Politik der Spaltungen innerhalb der indischen Gesellschaft. Modi selbst kommt aus der hinduistischen, paramilitärischen Organisation Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS, national patriotische Organisation), die mit ihrer rassistischen und die Eugenik vertretenden Ideologie



als der bewaffnete Arm der BJP gilt. Modi nutzt seine Verbindung zur RSS, um gewaltsam besonders gegen die Dalit vorzugehen und die Muslime zu provozieren. In einer Kampagne fordert er Muslim-innen und Christ-innen auf, zum Hinduismus zu konvertieren und verbietet religiöse Mischehen. Er will die Frauen zwingen, sich bei der Polizei zu melden, wenn sie ihr Haus verlassen. Ende 2019 führt Modi ein, dass die indische Nationalität jeder Person entzogen wird, die nicht nachweisen kann, dass ihre Eltern vor 1971 in Indien gelebt haben. Dabei hatte die Regierung nicht damit gerechnet, dass ein grosser Anteil der Hindus davon betroffen war. Diese Massnahme war zu viel. Dieser Erlass zur Staatsbürgerschaft vom 11. Dezember 2019 löste die Proteste vieler Mus-

lim-innen, hauptsächlich der Frauen aus, denen sich später ein grosser Teil der indischen Gesellschaft anschloss.

Riesige Protestbewegung

Die Protestbewegung hatte ihr Zentrum in Shaheen Bagh, dem muslimischen Armenviertel im Süden von Dehli, nachdem die Polizei die Universität Jamia Millia Islamia am 15. Dezember 2019 gestürmt hatte. Dabei wurden die Büros der Direktion zerstört, Student-innen mit Stöcken verprügelt und die Bibliothek mit Tränengas angegriffen. Daraufhin haben sich Bewohner-innen von Shaheen Bagh ohne politische Unterstützung oder offizielle Organisationsstruktur versammelt und beschlossen, auf die Strasse zu gehen und die Autobahn zu blockieren. Jeden Abend versammelten sich zehntausende Menschen auf allen Plätzen des Viertels, darunter viele Frauen, um zu diskutieren und ihre Opposition gegen die Regierung Modi zu demonstrieren. Das ganze Viertel wurde zu einem Freiraum angesichts der erdrückenden Atmosphäre in Indien, wo Medien und Politiker die Demagogie der Regierung gegen die unterschiedlichen Gemeinschaften schüren.

Die Bewegung breitete sich ständig weiter aus und die Gewerkschaften verkündeten einen Generalstreik am 8. Januar 2020: 250 Millionen Arbeiter-innen schlossen sich dem Streik an, der zum grössten Streik in der Geschichte Indiens wurde. Obwohl die Direktionen der Gewerkschaften keine weiteren Aktionen wollten, breitete sich die Protestbewegung aus und

viele weitere Sektoren traten in Streik: die Grundschullehrer-innen, Staatsangestellte und Gemeindearbeiter-innen, Kindergärtnerinnen und die Bauarbeiter. Die rassistische und religiöse Demagogie von Modi wurde von der Revolte gegen das Elend und die Gewalt zunichte gemacht, die viele Kasten und religiöse Gemeinschaften vereint hatte.

Die Massnahmen gegen die Covid-19 Pandemie beendeten diese Bewegung. Indien entdeckte seinen ersten Corona-Fall bereits am 30. Januar 2020, aber die BJP war zu dem Zeitpunkt vor allem mit dem Besuch von Donald Trump beschäftigt. Am 24. März 2020 verhängte Premierminister Modi plötzlich einen Lockdown für das ganze Land innerhalb einer Frist von vier (!) Stunden, wobei keinerlei Massnahmen für die öffentliche Gesundheitsversorgung oder zur sozialen Abfederung für die Ärmsten vorgesehen wurden, was zu einer katastrophalen Situation führte.

Explosion der Revolte

Im ganzen Land standen Millionen von «Wanderarbeiter-innen», also Menschen, die aus einem anderen Bundesstaat oder einer anderen Stadt stammten, mit einem Schlag auf der Strasse. Die Arbeitgeber-innen entliessen sie fristlos, weil sie befürchteten, dass der Lockdown sich in die Länge ziehen könnte. Ungefähr zehn Millionen verloren ihre Arbeit und versuchten also in ihre Dörfer zurückzukehren, was ein Riesenchaos im ganzen Land auslöste. Diese Menschenmasse bewegte sich unter der brütenden Sonne Richtung Heimat; Alte und

Junge, schwangere und kranke Frauen, meistens ohne Geld und oft zu Fuss – der öffentliche Verkehr stand still – machten sich auf den Weg für eine Reise von hunderten oder gar tausenden von Kilometern. Einige starben an Erschöpfung.

Modi reagierte darauf mit salbungsvollen Appellen an die nationale Wohltätigkeit: Die Leute sollen sich gegenseitig helfen und sich untereinander organisieren. Aber die öffentliche Empörung wurde mit jedem Tag grösser, an dem die Presse über Tragödien berichtete. Viele von diesen Wanderarbeiter-inne-n zeigten ihre Wut und ihren Zorn: «Wir sind in Todesgefahr und wir ziehen es vor im Kampf zu sterben.» Diese Revolte traf sich mit jener von Arbeiter-inne-n, die in der Stadt verblieben waren und seit März/April 2020 keinen Lohn mehr erhielten: Sie explodierte in zahlreichen Bundesstaaten und Territorien von Indien.

Die Pandemie von Covid-19 wurde von der Regierung missbraucht, um ausserordentliche Massnahmen ohne jegliche demokratische Legitimation durchzuführen. Die Gesundheitsvorsorge wurde ausgesetzt, d.h. die bisher existierende, bescheidene Sozialvorsorge für Lohnarbeiter-innen wurde einfach abgeschafft. Auf nationaler Ebene programmierte die Regierung Modi die systematische Privatisierung des gesamten öffentlichen Sektors. Über 300 Unternehmen und Institutionen waren davon betroffen: Telekommunikation, Energie, Finanzinstitute, Waffenindustrie, Eisenbahn, Minen, Gesundheitssektor, Schulen...

In den von der BJP regierten Bundesstaaten wurden sämtliche Rechte und Schutzmassnahmen für Arbeiter-innen betreffend Arbeitszeit, Lohn, Arbeitsbedingungen, gewerkschaftliche Organisation und Gesundheitsschutz abgeschafft.

Aber die Revolte entfachte sich vor allen durch die drei Gesetzesvorschläge, die von der Regierung anfang Juni vorgestellt und Mitte September 2020 vom Parlament abgesegnet wurden. Diese Gesetze schafften die Verpflichtung ab, den Verkauf von Lebensmitteln über die Mandis abzuwickeln, die lokalen landwirtschaftlichen Märkte, wo die Bauern und Bäuerinnen ihre Ernte zu staatlich garantierten Preisen verkaufen konnten. Sie beschränkten die Verhandlungsmöglichkeiten und Rekurse der Lanwirt-innen für Verträge mit den Unternehmen und ermöglichten die Spekula-

ABONNEMENT

Ich abonniere «Archipel» und überweise für ein Jahresabonnement den Betrag von 60 Fr. oder 40 Euro auf Konto:

Schweiz: Europäisches BürgerInnenforum, PC 40-8523-5

Deutschland: Europ. Kooperative, Raiffeisenbank, Malchin, IBAN: DE59150616180007703597 Vermerk: Archipel oder EBF

Österreich: Konto EBF, Posojilnica-Bank, Eisenkappel, IBAN: AT70 3910 0000 0805 5451, BIC: VSGKAT2K

Name

Vorname

Strasse

PLZ Ort

Land

tion auf Nahrungsmittel, die bis jetzt geschützt waren. Nach Meinung der Regierung sollten diese Gesetze den Bauern und Bäuerinnen helfen, ihre Produkte, wie es ihnen beliebt, zu verkaufen; sie könnten ihre Käuferinnen selber wählen – auch private Unternehmen – und ihre Produkte sowohl in ihrem Mandi als auch anderswo absetzen.

Jedoch: An die Grossisten müssen landwirtschaftliche Produkte immer zu geringeren Preisen abgesetzt werden. Als Rechtfertigung für die Liberalisierung der Landwirtschaftsmärkte, behauptete Modi, dass das Einkommen der Bauern steigen würde und die Infrastrukturen modernisiert würden. Im Bundesstaat Bihar, in dem seit 2006 eine ähnliche Reform durchgeführt wird, geschah das pure Gegenteil, denn in Wirklichkeit wurden diese Gesetze für die zwei grössten Bosse der Nahrungsmittelindustrie geschaffen, die Milliardäre Mukesh Ambani und Gautam Adani. Ihre Bilder wurden auf öffentlichen Plätzen von empörten Bäuerinnen verbrannt.

Generalstreik

Seit Juni 2020 fanden die ersten Protestaktionen gegen die «black laws» (wie sie von den Bauern genannt wurden) statt. Diese erweiterten sich immer mehr. Einen Höhepunkt fand der Aufstand mit dem Generalstreik, ausgerufen von einer Koordination von 500 bäuerlichen Organisationen (sie war 2017 anlässlich eines früheren Konfliktes geschaffen worden). Diese konnte bei den Gewerkschaftsdirektionen durchsetzen, dass am 26. November und am 8. Dezember Generalstreik herrschte. In diesen Tagen zählte man 250 Millionen streikende Arbeiterinnen und mit ihnen mehrere Dutzend Millionen Bäuerinnen und Bauern; ein Rekord in Indien und in der ganzen Welt.

Während es vor allem Männer waren, die sichtbar in Erscheinung traten, hatte sich auch eine grosse solidarische Gruppe von Bäuerinnen, Hausfrauen, Grossmüttern, Studentinnen, Lehrerinnen bis hin zu Krankenschwestern formiert, die an vorderster Front standen und das Rückgrat der Proteste bildeten.

In der Folge entstand eine neue bäuerliche Koordination, die Samyukt Kisan Morcha (SKM; Bäuerliche Einheitsfront). Sie nannte ihren Gegner beim Namen und mobilisierte für einen Marsch zur Regierung in Delhi. Mehrere hunderttausend

Farmerinnen aus ganz Indien machten sich auf den Weg, überwandenen Polizeisperren und wurden am Eingang der Hauptstadt blockiert. Sie beschlossen, dort mehrere Camps einzurichten, auf Autobahnen, vor den von Armee und Polizei errichteten Barrikaden und Gräben. Ihre sechs grossen Lager vor den Toren von Dehli wurden so zu richtigen Townships von ungefähr 300.000 Menschen mit allen kollektiven Einrichtungen einer Stadt – Konferenzsälen, Schulen, Theater, Kantinen, etc. – aber alles ohne Bezahlung. Gewerkschafterinnen, Feministinnen, Künstlerinnen, Junge aus den Vorstädten, Studierende... alle zusammen in einer zu verteidigenden Zone, in der die Welt neu gestaltet wird!

Anfang Januar 2021 setzte der Oberste Gerichtshof die Reform für 18 Monate aus; aber dieses Ausweichmanöver überzeugte die Landwirtinnen nicht.

Lieber sterben als sich ergeben

Die SKM stellt der Regierung ein Ultimatum: Sie soll diese Gesetze bis zum 26. Januar, dem Nationalfeiertag, ganz zurückziehen, ansonsten dringen die Bauern und Bäuerinnen in die Stadt ein. Das Defilee mit einer Million Demonstrierenden und 400.000 Traktoren stellte jegliche Militärparade völlig in den Schatten. Die indischen, zum Grossteil regierungstreuen Medien behaupteten, dass die Protestierenden die indische Nationalflagge auf dem Roten Fort, dem Symbol der Unabhängigkeit Indiens, durch die Sikh-Flagge ersetzt hätten, was ihrer Meinung nach beweist, dass die Bewegung religiösen Separatismus befürwortet. Diese

Medienkampagne schürte Verwirrung. Es kam zu Auseinandersetzungen mit der Polizei und die Regierung profitierte von der Konfusion, um Polizisten und Paramilitärs vom RSS in der Nacht vom 28. zum 29. Januar in die Lager am Stadtrand zu schicken und diese zu räumen. Aber dieser Gewaltakt misslang. Die Führerinnen des SKM und vor allem einer von ihnen, Rakesh Tikait vom Lager von Ghazipur, rief zum Widerstand auf und erklärte mit Tränen in den Augen, dass er sich lieber aufhänge als den Kampf aufzugeben. Noch in derselben Nacht marschierten Zehntausende von Bauern in die Lager von Dehli und verjagten die Ordnungskräfte.

Seither strukturierte sich die Bewegung längerfristig und weitete sich auf ganz Indien aus. Sie beruft sich auf die direkte ländliche Demokratie in den Dorfversammlungen Gram Panchayats; Rakesh Tikait – er entkam am 2. April einem Mordanschlag – mobilisierte für das Abhalten von Mahapanchayats (grossen Vollversammlungen) von Zehntausenden von Menschen. In den privatisierten Sektoren brachen zahlreiche Streiks aus. Für die Besetzung der Eingangstore von Delhi wurden Rotationen organisiert: Die Bauern und Bäuerinnen erhielten Verstärkung von Studentinnen für die Ernten und diese wurden an den Stadttoren von Arbeiterinnen, Angestellten, Arbeitslosen, etc. ersetzt. In den ländlichen Gebieten wurden Mitglieder und Verantwortliche der BJP, vom RSS, ihren Alliierten und den brutalen Polizisten boykottiert und aufgefordert von ihren Funktionen zurückzutreten. Die Bäuerliche Einheits-

front SKM ruft auch dazu auf, im Monat Mai eine unbefristete Belagerung des Parlaments durchzuführen.

Ab Mitte April 2021 wird Indien von einer zweiten Welle der Covid-19-Epidemie heimgesucht. Dies ist auch die Zeit des Wahlkampfes, um die Führer der wichtigsten Bundesstaaten Indiens zu wählen (insgesamt etwa 175 Millionen Wählerinnen). Um die Staaten zu halten, die der BJP abzurutschen drohten, hielt Modi viele Kundgebungen vor riesigen Menschenmengen ohne Masken ab. Um seinen Sieg zu sichern, verteilte er Geld an die Teilnehmerinnen seiner Kundgebungen und organisierte Gehaltserhöhungen in letzter Minute. Alles vergeblich, denn seine Partei erlitt riesige Niederlagen in fünf grossen Bundesstaaten (darunter der grösste: der westliche Bengal).

Das zentrale Staatsversagen, das regierungsbedingte Chaos und die Verantwortungslosigkeit der Führung Modis und der gesamten Regierung wird von der riesigen Protestbewegung im Moment als gefährlicher als das Virus wahrgenommen. Die Wahlschlappe Modis erweckt neue Hoffnung, Mut und Entschlossenheit bei den indischen Bäuerinnen und allen Revoltierten – ihr Kampf ist noch lange nicht zu Ende.

Bertrand Louart,
Radio Zinzine

Mit Dank an Jacques Chastaing; er verfolgt und berichtet fast täglich (auf Französisch) über den Aufstand in Indien auf Facebook und dem Blog von Mediapart: <https://blogs.mediapart.fr/jean-marc-b/> Alle in diesem Artikel erwähnten Zahlen wurden dem Artikel «Indien» in Wikipedia entnommen.



Bildquelle: jugendeinewelt.at

Brief von Esther Bejarano

**An die Initiative «Alle an die Grenzen am 5. Juni»:
Welch grossartige Idee von Euch Frauen und allen
anderen daran Mitwirkenden, sich an der Grenze zwi-
schen Ventimiglia und Nizza zu versammeln! Jünger –
bald bin ich 97 – hätte ich mich auf die weite Reise von
Hamburg gemacht, um bei euch zu sein.**

Mit dem Begriff Grenze verbinde ich eine besonders traurige persönliche Erfahrung. Meine jüdische Familie war wegen des Naziregimes in alle Winde zerstreut. Meine Schwester Ruth Loewy glaubte sich in Holland in Sicherheit. 1942 erhielt ich den letzten Brief von ihr. Darin schrieb sie, dass sie sich dort mit einem ungarischen Juden verheiratet hatte und sie nun gemeinsam den Rabbiner Dr. Lothar Rothschild in Basel besuchen würden. Sofort verstand ich, dass sie vor den Deutschen, die Holland besetzt hatten, flüchten wollten.

Nach dem Krieg traf ich Menschen, die gleichzeitig mit ihnen zur Schweizer Grenze geflohen waren. Sie hatten es geschafft, über die Grenze zu kommen und dabei gesehen, dass Ruth und ihr Mann Ischtwan von den Nazis erschossen wurden. Erst 2016 erfuhr ich über den Internationalen Suchdienst, dass Ruth am 6. November 1942 mit einem Transport von dem holländischen Sammel- und Durchgangslager Westerbork ins Konzentrationslager Auschwitz deportiert wurde. Einen Monat später war sie tot. Die Sterbeurkunde lautet auf den 1. Dezember 1942. So musste ich viele Jahre später mit Schrecken feststellen, dass auch meiner Schwester Auschwitz nicht erspart geblieben ist.

Was will ich mit dieser Geschichte sagen? Die faschistischen Ideen hatten sich nach und nach in der grossen Mehrheit der deutschen Köpfe breitgemacht. Aber auch in den Nachbarländern war die Anhängerschaft gross. Juden, «Zigeuner», alle und alles, was nicht der «Norm» entsprach, war unerwünscht und war Freiwild. Viele dieser vom Tod bedrohten Menschen suchten nach einer sicheren Bleibe und fanden keine Aufnahme in europäischen und anderen Län-

dern der Welt. Je mehr Menschen flohen, desto stärker waren ihnen Grenzen und Häfen versperrt. Viele von ihnen hätten dem Konzentrationslager, dem Leiden und ihrer Ermordung entrinnen können, wenn der Weg in die Sicherheit für sie offen gewesen wäre.

Ich habe Auschwitz und Ravensbrück überlebt. Es ist meine Aufgabe, solange es in meinen Kräften steht, Zeugnis über das Geschehene abzulegen und vor den parallelen Entwicklungen in der Gegenwart zu warnen. Denn Nationalismus und rechte Gesinnung machen sich wieder breit.

Heute sind die Fluchtbewegungen weltweit. Millionen von Menschen fliehen vor Kriegen, Hunger und Verfolgung aus ihrer Heimat, um ihr Leben zu retten, um einen Ort zu finden, an dem sie menschenwürdig und in Sicherheit leben können. Im Mittelmeer und auf anderen gefährlichen Routen sind schon unzählige Menschen umgekommen. In improvisierten und institutionellen Lagern hausen Tausende und Abertausende unter schrecklichsten Bedingungen. Aber Europa exportiert weiterhin Waffen und schottet sich ab. Wenn ich mit Bejarano & Microfon Mafia auftrete, sage ich jedesmal: «Schaut in unsere Augen und seht die Entschlossenheit... Hört unseren Protest, unsere Gesänge, die Sehnsucht. Sehnsucht nach Menschlichkeit – das wichtigste Kapital der Erde, der Menschheit».

Wir müssen immer zahlreicher werden. Eure Initiative gibt Hoffnung! Ich danke Euch.

Esther Bejarano*,
Hamburg, im Mai 2021

*ehemals Sängerin und Akkordeonistin des Mädchenorchesters von Auschwitz, heute Sängerin mit Bejarano & Microphone Mafia, Vorsitzende des Auschwitz-Komitees Deutschland Ehrenpräsidentin der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Deutschland



Leserinbrief

Liebe Leute vom Archipel, bzw. Europäischen BürgerInnenforum

(...) Nun habt ihr im Archipel Nr. 302 ein Interview veröffentlicht mit einer Initiantin der ZeroCovid-Initiative. Ich hoffe, dies war als Diskussionsbeitrag gedacht und spiegelt nicht die grundsätzliche Haltung der Archipel-Macher:innen wider. Falls dem so sein sollte, wäre ich sehr enttäuscht und müsste mich fragen, wo euer Demokratieverständnis geblieben ist!

Gerade die Initianten haben die Fantasie, dieses Problem technokratisch in den Griff zu bekommen, obwohl sie behaupten, dass gerade das nicht funktioniere. Ein Virus kann man nicht aus dem Weg schaffen, indem man das ganze Leben (wirtschaftlich, sozial, bildungsmässig usw.) herunterfährt, umso mehr sie (die Initiant:inn-en von ZeroCovid, Anm.d.Red.) vorgeben, dies sei nur für eine beschränkte Zeit. Gerade dies wird nicht funktionieren! Da müsste man ja die ganze Welt dazu bringen! Wie soll das gehen? (...) Wir leben zum Glück immer noch in einigermaßen demokratischen Gesellschaften hier in Europa und sind nicht in China! Haben sich diese Leute schon mal damit befasst, welche Probleme nur schon mit diesen für sie noch zu wenig starken Massnahmen für sehr viele Menschen mit sich bringen? Und ich lasse mal die wirtschaftlichen auf der Seite – was ist aber mit all den psychischen Folgeerscheinungen und zwar auch bei Kindern? Ich denke «links» (obwohl ich langsam genug habe vom Schema «links-rechts»!) und wähle und stimme links, seit ich wählen kann. Ich finde es aber beschämend, dass gerade auf der links-grünen Seite dieses einseitige Denken vorherrscht und Gesundheit nur als Abwesenheit von Krankheit definiert wird.

(...) Ihr Leute vom BürgerInnen Forum macht ja sonst gute Arbeit für die Verbesserung der Lebensumstände von vielen Menschen am Rande der Gesellschaft und ihr setzt euch ein für eine gerechtere Welt. Gut so! Aber so mit dieser Idee ist das nicht hinzukriegen! Und was das Virus betrifft: Es ist doch eine absolute Illusion zu glauben, dass man mit dieser diktatorischen Initiative das Virus zum Verschwinden bringen kann! Das Virus ist nun mal da und wir müssen lernen, damit zu leben! Zugegeben: Das Gesundheitswesen kam in den meisten Ländern an seine Grenzen. Aber weshalb? Weil es leider möglich wurde, dass die Gesundheitsversorgung zu einem Geschäft verkommen ist und mehrheitlich privatisiert wurde mit der Folge, dass an der Grundversorgung gespart wird und Dutzende von Spitälern geschlossen wurden, weil sie nicht rentieren. Personal ist knapp wegen den mickrigen Löhnen. Das sind Aufgaben, die unter den Nägeln brennen und die man angehen muss!! (...)

Mit solidarischen Grüssen

Marianne Schmitter, (bald 67-jährig, also «vulnerabel»,
aber angstfrei!)